

Stuttgart, 06.11.2009

**Externe Untersuchung des Jugendamts, des Gesundheitsamts und des Sozialamts
(Haushaltssicherungskonzept 2009)**

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	nicht öffentlich	13.11.2009
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	18.11.2009

Beschlußantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, externe Untersuchungen für das Jugendamt, das Gesundheitsamt und das Sozialamt – wie in der Vorlage beschrieben - auszuschreiben und zu vergeben.

Kurzfassung der Begründung:

Ausführliche Begründung siehe Anlage 1

In GRDrs 849/2009 (Haushaltssicherungskonzept 2009) wird zur geplanten Untersuchung folgendes ausgeführt:

„Für die Aufgabenbereiche des Jugendamts und des Gesundheitsamts wird vorgeschlagen, externe Gutachten in Auftrag zu geben, mit denen unter Berücksichtigung von Vergleichswerten anderer Großstädte der Aufgabenzuschnitt, die Organisationsstruktur und die Personal-, Sach- und Zuschussmittelausstattung geprüft werden sollen. Beide Ämter haben im Rahmen ihrer Rückmeldung Maßnahmvorschläge unterbreitet, die letztlich nicht aufgegriffen, aber in der Maßnahmenübersicht dargestellt und vorläufig in die Summenermittlung einbezogen wurden. Seitens der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass über die Beauftragung externer Gutachten mindestens in Höhe der unterbreiteten Konsolidierungsbeiträge sachgerechte Vorschläge erarbeitet werden können. Die Vergabe soll zügig im Oktober/November 2009 vorgenommen werden; die Verwaltung wird hierzu einen gesonderten Beschlussantrag vorlegen.“

Ergänzend schlägt die Verwaltung vor, auch das Sozialamt in die Untersuchung einzubeziehen.

Die Erarbeitung von umsetzbaren Vorschlägen zur Erfüllung der Konsolidierungsquoten des Jugendamts in Höhe von mind. 5,442 Mio. EUR, des Gesundheitsamts in Höhe von mind. 1,191 Mio. EUR sowie des Sozialamts in Höhe von mind. 3,235 Mio. EUR ist Ziel der Untersuchungen.

Dabei sollen die externen Gutachter - unter Berücksichtigung der Aufgabenerfüllung anderer Großstädte - die bisherigen Vorschläge der Ämter auf ihre Realisierbarkeit überprüfen und ggf. weitere umsetzbare Einsparvorschläge erarbeiten (inkl. struktureller Überlegungen).

Von der Untersuchung ausgenommen ist beim Jugendamt der Bereich der Kindertageseinrichtungen, nicht jedoch der Overhead hierzu. Ebenfalls ausgenommen sind die Sachausgaben für Beköstigung im Bereich der Kindertageseinrichtungen inkl. Essenstransporte sowie der Bereich der Sprachförderung. Beim Sozialamt ist der Bereich der Sozialhilfe (Abteilung 2) aufgrund des aktuellen Projekts „Stellenbemessung in der Sozialhilfe“ von der Untersuchung ausgenommen.

Die Untersuchungen sollen schnellstmöglich starten und werden schätzungsweise sechs Monate dauern. Je nach Angebotslage kann die Untersuchung der Ämter einem oder mehreren Anbietern übertragen werden.

Folgende Firmen sollen zu einer Angebotsabgabe aufgefordert werden:

- Amontis
- BRIDGES Politik- und Organisationsberatung
- BSL Public Sector Managementberatung GmbH
- Con_sens Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH
- Horváth & Partners – Management Consultants
- IMAKA Institut für Management GmbH
- Kienbaum Management Consulting
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)
- KRUPS CONSULTANTS GmbH
- Prognos AG
- Rödl & Partner
- Steria Mummert Consulting

Finanzielle Auswirkungen

Die Angebote der Firmen werden sich auf der Grundlage der beiliegenden Leistungsbeschreibung und der Zeitkurze voraussichtlich pro Amt in der Größenordnung von 40.000 EUR bis 70.000 EUR bewegen – abhängig von der Größe des Amtes. Die Finanzierung erfolgt über die Fipo. 1.0200.6270.000 (externe Organisationsgutachten).

Beteiligte Stellen

Vorliegende Anträge/Anfragen

-

Erledigte Anträge/Anfragen

-

Dr. Wolfgang Schuster

Anlagen

Auszug aus der Leistungsbeschreibung

Auszug aus der Leistungsbeschreibung zur Untersuchung des Jugendamts, des Gesundheitsamts und des Sozialamts

Auftragsziele

Für die Aufgabenbereiche des Jugendamts, des Gesundheitsamts und des Sozialamts sollen unter Berücksichtigung von Vergleichswerten anderer Großstädte der Aufgabenzuschnitt, die Organisationsstruktur und die Personal-, Sach- und Zuschussmittelausstattung geprüft werden.

Auftragsziel ist die Erarbeitung von umsetzbaren Vorschlägen zur Erfüllung der Konsolidierungsquote des Jugendamts in Höhe von mind. 5,442 Mio EUR, des Gesundheitsamts in Höhe von mind. 1,191 Mio EUR und des Sozialamts in Höhe von mind. 3,235 Mio. EUR.

Voraussetzung für eine Auftragserteilung ist, dass die Untersuchungen im Januar 2010 starten können. Wesentliches Ziel ist es, innerhalb von sechs Monaten ein umsetzbares Konzept vorliegen zu haben.

Leistungsumfang

Die Untersuchungen sollen folgende Punkte umfassen:

- Überprüfung der Konsolidierungsvorschläge der Ämter
- Erarbeitung weiterer umsetzbarer Einsparvorschläge (auch strukturelle Überlegungen)
- Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Konsolidierungsvorschläge auf soziale Träger bzgl. der städtischen Gesamtfördersumme
- Überprüfung von aktuell zusätzlich geltend gemachten Stellenbedarfen des Gesundheitsamts in den Bereichen Gesundheitsplanung (0,5 Stellen) und umweltbezogener Gesundheitsschutz / Trinkwasser (1 Stelle)

unter Berücksichtigung

- einer Unterscheidung und Priorisierung nach Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben
- der Aufgabenerfüllung in anderen Großstädten (Kennzahlenvergleiche / Benchmarks inkl. Analyse)
- der Leistungsangebote in Stuttgart insgesamt (Einbeziehung der Trägergesamtheit in die Betrachtung der Aufgabenerfüllung; Schnittstellen /Doppelstrukturen von freien Trägern und städtischen Ämtern)

Von der Untersuchung ausgenommen ist beim Jugendamt der Bereich der Kindertageseinrichtungen, nicht jedoch der Overhead hierzu. Ebenfalls ausgenommen sind die Sachausgaben für Beköstigung im Bereich der Kitas inkl. Essenstransporte sowie der Bereich der Sprachförderung.

Beim Sozialamt ist der Bereich der Sozialhilfe (Abteilung 2) von der Untersuchung ausgenommen.

Die Untersuchungen sollen im Gutachtenstil erfolgen.